

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 RM. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 RM. 54 Pfg.

Bernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro viergesaltene Zeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraumber und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardtswalde, Croisich, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Banberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Sampersdorf, Simbach, Vogen, Mohorn, Mittig-Roisch, Ranzig, Reutirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roisch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Speichshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wildberg.

Druck und Verlag von Bichante & Friedrich, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseratenteil: Arthur Bichante, beide in Wilsdruff.

No. 88.

Dienstag, den 30. Juli 1907.

66. Jahrg.

Unter dem Verdeckel des Gehäuses Unterer Bach No. 248 in Wilsdruff ist die **Druckeise ausgebrochen.**

Weissen, am 22. Juli 1907.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Während des Herrn Brandversicherungs-Inspektor Seelig, hier, auf die Zeit vom 29. Juli bis mit 25. August dieses Jahres erteilten Urlaubs ist die Verwaltung des Brandversicherungsinspektions-Bereichs Weissen Herrn Inspektors-Assistenten Riegel, hier übertragen worden.

Weissen, am 24. Juli 1907.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, 24. Juli 1907.

Erster Aufstieg eines lenkbaren deutschen Militärballons.

In Berlin unternahm das lenkbare Militär-Luftschiff seine erste Freifahrt. Um 12 Uhr erhob sich das Fahrzeug in die Höhe, flog über Tegel nach Charlottenburg, wobei es verschiedene Schleifen und Bögen beschrieb. Der Ballon gehörte dem Steuer absolut. Die gelungene Auffahrt ist als großer Erfolg anzusehen.

Der gefesselte Redakteur.

Ein skandalöser Vorfall hat sich in Mählfhausen i. G. zugetragen. Dort wurde der Redakteur Widzy von der sozialdemokratischen „Volkszeitung“, der wegen Beleidigung eine Gefängnisstrafe von acht Tagen verbüßt, zu einem Verhör als Zeuge trotz seines energischen Protestes wie ein schwerer Verbrecher gefesselt vorgeführt. Der Vorfall erregt großes Aufsehen. — Eine weitere Meldung läßt den Vorgang fast noch schärfer erscheinen. Danach sollte Widzy als Zeuge in der Untersuchungshaft gegen den vor vielen Monaten ins Ausland durchgebrannten Exstadtrat Sandner vernommen werden, der jetzt gefasst ist, und gegen den er als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells seinerzeit die Anzeige wegen Unterschlagung von Kassengeldern des Gewerkschaftskartells (es handelt sich um etwa 50 Mark) erstattet hatte. Seine sechstägige Strafe war bis auf wenige Stunden verbüßt (die Vorführung erfolgte vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, und die Entlassung hatte nachmittags 3 Uhr 20 Minuten zu erfolgen), aber — der Schutzmann, welcher den sozialdemokratischen Redakteur im Gefängnis abholte, fesselte ihn und berief sich gegenüber dem Protest Widzys auf seine schriftliche Instruktion! Als Untersuchungsrichter fungierte Herr Dr. Zwand, der dann für die Rückkehr ins Gefängnis anordnete, daß von der Fesselung Abstand genommen werde.

Eine Affäre.

die noch der Aufklärung bedarf, erregt gegenwärtig in Strahburg großes Aufsehen. Donnerstagabend versuchte ein Geheimen Regierungsrat in die Wohnung eines Ministerialdirektors gewaltsam einzudringen. Er wurde daran verhindert und begab sich in das Restaurant Germania. Auf Veranlassung des Ministerialdirektors, der die Hilfe der Polizei in Anspruch nahm, wurde der Geheimen Regierungsrat im Restaurant von zwei Schutzleuten untersucht; einen Revolver, mit dem er den Ministerialdirektor bedroht haben soll, fand man bei ihm nicht. Man glaubt, daß er die Tat im Zustand nervöser Ueberreizung verübt hat.

Die Fertigstellung des Lauerntunnels.

Der Durchschlag des Tunnels ist erfolgt. Die trennende Wand wurde so weit durchgeschlagen, daß ein Mann durch die Öffnung dringen konnte. Von der Mallnitzer Seite stiegen darauf fünf Mann durch die Öffnung und begaben sich nach Bockstein, wo sie aus dem Tunnel traten. Der Lauerntunnel hat eine Länge von 8526 Meter. Er beginnt bei Bockstein und endet bei Mallnitz. Die Strecke der Lauerntunnel durch den Tunnel wird eingleisig sein und eine Fahrzeit von 20 Minuten erfordern. Die Situation an der Baustelle ist übrigens augenblicklich sehr kritisch, da 2200 Arbeiter wegen Lohnunterschieden streiken. Etwa 2000 Arbeiter besetzten den Tunnelzugang und hinderten die Einfahrt der Ingenieure und Arbeitswilligen mit Gewalt. Es kam zu zahlreichen Exzessen. Die aus Salzburg abgegangene Gendarmenbrigade erwies sich als zu schwach. Militär ist abgegangen.

Mexiko macht sich bereit.

Aus Mexiko wird der deutschen Kabelgrammgesellschaft gemeldet: Die hiesige deutsche Firma Bergner, die Vertreterin der Firma Krupp in Essen, erhielt von der hiesigen Regierung einen Auftrag auf Lieferung und Aufstellung der vollständigen maschinellen Einrichtung für die Herstellung rauchlosen Pulvers für Geschütze und Hand-

feuerwaffen von einer Leistungsfähigkeit bis zu 100 000 Kilo jährlich. Die jetzige politische Lage hat anscheinend die Beschleunigung des Abschlusses veranlaßt.

Wieder ein japanischer Spion verhaftet.

Nach einem Telegramm aus Austin in Texas wurde dort ein Japaner verhaftet unter der Beschuldigung, Forts und Batterien photographiert zu haben. Es heißt, der Verhaftete habe eine systematische Rundreise durch alle Militärlager in Texas unternommen. Eine Anzahl Photographien von Geschützen, Batterien, Verteidigungswerken usw. wurden von der Polizei mit Beschlag belegt.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Leserkreis für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 24. Juli 1907.

— Das sächsische meteorologische Institut stellte fest, daß in Sachsen in der Zeit vom 11. bis 20. Juli **Regenmengen** niedergingen, die alles bisher in wissenschaftlichen Beobachtungen gewonnene Maß übersteigen. In sämtlichen Fluggebieten Sachsens waren die Niederschlagsmengen doppelt bis viermal so groß wie normal.

— **Wiedererhöhung der Fleischpreise.** Der Genuß billigeren Fleisches als im Vorjahre scheint wieder sein Ende nehmen zu wollen. Wie man jetzt mitteilt, sind in den letzten Wochen die Viehpreise und namentlich die Schweinepreise wieder mächtig in die Höhe geschneit. Der Berliner Schweinemarkt zeigte dasselbe Bild als zur Zeit der höchsten Schweineerzeugung. Gute maßreiche Schweine fehlten fast gänzlich; der übergroße Teil des 13368 betragenden Auftriebes bestand aus kleinen unreifen Tieren, ein Beweis der beginnenden Futternot und des weiteren Steigens der Preise. Die Höchstnotierung war 59 Mark pro 100 Pfund Lebendgewicht.

— **Benutzung der Annahmehäuser der Landbriefträger und Posthilfsstelleninhaber durch das Publikum.** Jeder Landbriefträger und Posthilfsstelleninhaber hat bestimmungsgemäß ein Annahmehaus zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Einschreibungen, Sendungen mit Wertangabe, Postanweisungen usw. dient. Den Aufsteigern steht frei, die Eintragungen in das Annahmehaus selbst zu bewirken. Erfolgt die Eintragung der Gegenstände durch den Landbriefträger oder Posthilfsstelleninhaber, so ist der Aufsteiger befugt, sich von der erfolgten Buchung zu überzeugen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Hauptpflicht der Postverwaltungen erst mit der durch die Eintragungen in das Annahmehaus nachweisbaren Uebergabe der Sendung an den Landbriefträger beginnt. Zur Begründung von Erlass ansprüchen ist daher die Eintragung in das Annahmehaus des Landbriefträgers — bezüglich der bei Posthilfsstellen eingelieferten Sendungen besorgt diese der Posthilfsstelleninhaber — von entscheidender Bedeutung. Der Posteinlieferungsschein wird erst bei der Ablieferung der Sendung an die Postanstalt ausgefertigt. Der Landbriefträger ist verpflichtet, ihn auf dem nächsten Bestimmungsort dem Absender abzuliefern.

— **Die „Rübenbahn“ Wilsdruff-Gadewitz** bildet noch immer den Angelpunkt der Debatte über die agrarisch-konservative Nebenregierung des Herrn Rostig-Wallwitz. Jüngst hat der nationalliberale Landtagsabgeordnete Langhammer in Chemnitz in einer öffentlichen Wählerversammlung mit der Angelegenheit sich beschäftigt. Er tritt dort vor allem auf den Ausführungen des inzwischen verstorbenen linksliberalen Abgeordneten Handelskammer-Syndikus Schulze herum, der schon damals in der Kammer in den Kreisen seiner Parteifreunde mit seiner extremen Stellungnahme wenig Anklang fand. Herr Langhammer behauptet immer wieder, daß die Bahn Wilsdruff-Gadewitz nur für einige wenige Großgrundbesitzer gebaut werde. Wir verziehen bei der ganzen Sachlage nicht, weshalb Herr Abgeordneter Langhammer oder der Herr Abgeordnete Schulze oder ein anderer Abgeordneter gleicher Färbung

das Wort „Nebenregierung“ nicht damals im Landtag prägten, sondern erst warteten, bis fast 2 Jahre später ein konservativer Regierungsrat, der weniger zuständig ist, als diese Landtagsabgeordneten, mit diesem Wort eine Spaltung der konservativen Partei betreibt. Herr Langhammer macht übrigens anderen zum Vorwurf, daß sie das Aktienmaterial nicht gründlich angesehen hätten. Wir geben den gleichen Vorwurf Herrn Langhammer zurück. Er spricht von 22 Petenten aus dem Kreise, die sich gegen das Projekt ausgesprochen hätten. Er vergißt dabei, daß die Petenten zum großen Teile nicht „aus dem Kreise“ waren und daß ein anderer Teil der Petenten nicht gegen die Linie, sondern gegen die Linienführung opponierte. Der Herr Abgeordnete Langhammer macht auch noch den Versuch, die sächsische Beamtenchaft gegen die Bahn mobil zu machen, weil wegen des Bahnbaues dringende Wünsche der Beamten zurückgestellt worden seien. Die Beweisführung für diese Behauptung ist Herr Langhammer noch schuldig geblieben. Angesichts der Tatsache, daß unser Landtag für dringende Wünsche unserer Beamtenchaft bisher noch zu jeder Zeit ein williges Ohr hatte, wird Herrn Langhammer die Beweisführung auch schwer fallen. — Kindlich geradezu ist eine Bemerkung, die die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in ihrer gestrigen Nummer macht. Das sozialdemokratische Blatt schreibt: „In diesen Gegenden (der Bahnlinie) hört man nichts von einer Bahn Wilsdruff-Gadewitz; da kennt man nur die Steiger- oder auch Rübenbahn.“ Wir können den Gegnern der Bahnlinie den Succurs von dieser Seite!

— Aus dem Kreise unser Leser erhalten wir folgende Zuschrift: „In Nummer 85 Ihres geschätzten Blattes brachten Sie eine längere Notiz über den schleppenden Gang der Vorarbeiten des **Bahnbaues der Linie Wilsdruff-Gadewitz**. Nach den gemachten Wahrnehmungen scheint doch die Sache endlich ihren Anfang zu nehmen. Man beobachtet nur einmal unser nun seit über 5 Jahren bestehendes Baubureau, wie emsig da jetzt gearbeitet wird, um die Sache nun endlich ihrem ersehnten Ende entgegenzuführen. Die gewöhnliche Arbeitszeit reicht nicht mehr aus, um die gewaltigen Arbeiten zu erledigen. Seit nahezu einem Vierteljahr arbeitet man dort täglich mit Ueberstunden, ja sogar der Sonntag wird mit zu Hilfe genommen. Hoffentlich läßt man die Öffentlichkeit nicht mehr allzulange mit dem Beginn des Bahnbaues warten, damit sich die Gemüter bald beruhigen. Was lange dauert, muß doch gut werden, sagt ein altes Sprichwort.“

— **Die Sozialdemokratie geht aufs Ganze** — das muß man ihr lassen! Gestern hat sie in unserm Wahlkreise, wie im übrigen Sachsen ein Flugblatt verbreitet, das nicht mehr und nicht weniger fordert, als das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht mit dem Verhältniswahlsystem. Die Forderung in dieser Form ist neu und das Verhältniswahlsystem ist das einzige, was die Sozialdemokratie von dem Gesetzentwurf des Ministers Graf Hohenhausen abgelehrt. Da nun die Sozialdemokratie behauptet, die Hälfte aller Wähler auf ihrer Seite zu haben, so verlangt das Flugblatt nicht mehr und nicht weniger, als die Ständeverammlung durch die Verhältniswahlen von vornherein unter die Fuchtel einer sozialdemokratischen Mehrheit zu zwingen. Die Sozialdemokratie ist verdammt im Irrtum, wenn sie glaubt, daß ihre bisherigen Mitläufer eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag wünschen. Aber die Obergenossen glauben selbst nicht daran. Sie lehnen es aber von vornherein ab, an den ersten Bestrebungen zur Schaffung eines gesunden Wahlrechtes irgend welchen Anteil zu nehmen. Dann stellen sich die Herren noch hin und behaupten, die Ordnungsparteien hintertrieben gesamtlich eine gesunde Wahlrechtsreform! Die Sozialdemokratie ist schuld, daß ein gleiches Wahlrecht in Sachsen ausgeschlossen ist, denn ein gedeihliches Arbeiten des Staatskörpers mit einer sozialdemokratischen Landtagsmehrheit wird niemand erwarten können. Die Umsturzpartei ist also die letzte Instanz, die das Recht hat, von Wahlrecht zu reden und jemand aus der langsamen Ent-